

gung, gleichviel, welche Lösung die Oberhauptfrage noch erhalten möge, Gesetz in ganz Deutschland geworden. 2 Die Nichtanerkennung derselben von Seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene gesetzliche Ordnung; jeder gewalthätige Angriff ein Hochverrath gegen die Deutsche Nation. 3. Jeder Bürger verpflichtet sich mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen und jeden Angriff hierauf, mag er kommen woher es auch sei, durch die That abzuwehren." — Diese Beschlüsse, welche nach unserer Ansicht sofort sowohl der Deutschen National-Versammlung, als auch dem K. Baierischen Staatsministerium mitzutheilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen, und dann durch die Presse zu veröffentlichen wären, werden die erste Antwort auf die Note des Baierischen Staatsministeriums bilden und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Sie werden aber auch in dem Volke offen den Bund besiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaktion.

Frankfurt a. M. den 30. April 1849.

Christmann. Gulden. Kolb. Reichard. Schmitt. Schüler. Spag. Tafel. Stockinger. Umbcheiden.

Frankfurt, 4. Mai. Unter Ablehnung aller übrigen Anträge hat die National-Versammlung beschlossen:

I. Die National-Versammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

II. Sie bestimmt den 15. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammen zu treten hat.

III. Sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli d. J.

IV. Sollte, — abgesehen von Deutschösterreich, dessen zur Zeit etwa nicht erfolgter Eintritt bereits durch §. 87. der Verfassung berücksichtigt ist, — ein oder der andere Staat im Reichstage nicht vertreten sein und deshalb eine oder die andere Bestimmung der für ganz Deutschland gegebenen Verfassung nicht ausführbar erscheinen, so erfolgt die Abänderung derselben auf dem in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Weg provisorisch bis zu dem Zeitpunkt, wo die Verfassung überall in Wirksamkeit getreten sein wird. Die §. 196 Nr. 1 der Verfassung gedachten zwei Drittel der Mitglieder sind dann mit Zugrundelegung derjenigen Staaten, welche zum Volks- und Staatenhaufe wirklich gewählt haben, zu ermitteln.

V. Sollte insbesondere Preußen im Reichstage nicht vertreten sein, und also bis dahin weder ausdrücklich noch thatsächlich die Verfassung anerkannt haben, so tritt das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhaufe vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein.

VI. Sobald aber die Verfassung von Preußen anerkannt ist, geht damit von selbst die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfassung §. 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preußen über.

VII. Das Reichsoberhaupt leistet den Eid auf die Verfassung vor der National-Versammlung und eröffnet sodann den Reichstag. Mit der Eröffnung des Reichstages ist die National-Versammlung aufgelöst.

In Bezug auf die Anerkennung Preußens überall Truppen zur Disposition zu stellen erklärt das Reichsministerium Namens der Centralgewalt, daß, nachdem das Gesetz vom 28. Juni 1848, über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland, die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, der provisorischen Centralgewalt übertragen hat, sie, der Rechte wie der Pflichten, die ihr noch obliegen, eingedenk, bei der Erfüllung derselben auf die Unterstützung der Einzelstaaten, eines jeden nach seinen Kräften, rechnet; einen Anspruch aber auf allgemeine Leitung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichsfriedens, insofern dieses in der angeführten Stelle liegen sollte, einem Einzelstaate nicht zustehen könnte.

† **Cöln, 5. Mai.** Der hiesige Verein Pius IX. hat gestern Abend in einer Versammlung, bei welcher mehrere hundert seiner Mitglieder gegenwärtig waren, folgender Beschluß mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität gefaßt:

„In Erwägung, daß das deutsche Volk eine Verfassung verlangt, welche alle deutschen Stämme zu einem einigen, freien und mächtigen Deutschland verbindet; daß aber ein preussisches Erbkaisthum diesem Verlangen entgegen, nur eine Zerstückelung Deutschlands herbeiführen würde; daß folglich diejenigen, welche den König von Preußen zur Annahme der auf ihn hingeworfenen Wahl drängen, als Gegner der deutschen Einheit erscheinen;

Aus diesen Gründen erklärt der Pius-Verein von Cöln, indem er den am 1. Mai dieses Jahres von seinem Vorstande an alle katholischen Gemeinden und Vereine gerichtete Aufforderung genehmigt, daß der König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. durch Ablehnung der ihm angetragenen Erbkaistwürde sich um das deutsche Vaterland verdient gemacht habe.“

Breslau, 30. April. Nach einer uns heute zugekommenen zuverlässigen Mittheilung aus Krakau findet das Einrücken eines russischen Armeekorps in das Krakauer Gebiet zuverlässig morgen den 1. Mai Statt. Gleichzeitig haben wir unsern Lesern noch mitzutheilen, daß das Preussische Ministerium des Aeußern den Durchzug eines russischen Auxiliarkorps durch Schlesien nach Oesterreich hin gestattet hat, und zwar der Art, daß dasselbe in Wislowitz die Oberschlesische Eisenbahn besteigt, und von da über Kosel nach Oderberg hin geführt wird. Bereits in vergangener Nacht ist durch telegraphische Depesche dem Oberschlesischen Eisenbahn-Commissariat von Berlin aus die Weisung zugekommen, die betreffenden Eisenbahn-Directionen schleunigst zu den nöthigen Arrangements zu veranlassen. Bemerken müssen wir noch, daß auch die Direktion der Ferdinands-Nordbahn veranlaßt worden ist, jene Truppen bald nach ihrer Ankunft in Oderberg auf der Nordbahn weiter zu befördern.

„Mit dem heutigen Frühzuge aus Warschau kam der russische General v. Berg in Begleitung seines Adjutanten und des Obersten von Leschinsky hier an, warteten den von Krakau um 12 Uhr ankommenden Zug hier ab und fuhrten dann mit demselben weiter nach Wien ab. Mit dem Zuge von Krakau traf der Oesterreichische Ulanen-Oberst von Choblen mit seinem Adjutanten; Grafen Thun, hier ein und fuhrten nach einer kurzen Unterredung mit den russischen Offizieren mit dem nächsten Zuge nach Warschau, die Russen dagegen nach Wien ab. Bei dieser Gelegenheit sagte mir ein hochgestellter russischer Beamte, daß am 1. oder 2. Mai zuverlässig 12 — 15,000 Mann russischer Truppen, bestehend aus 2 Bataillons Jäger, 2 Escadrons Ulanen, 2 Escadrons Kosaken, 2 Batterien Artillerie und der Ueberrest aus Infanterie, über den Grenzpunkt Michalowice in das Krakauische Gebiet einrücken würden. Ihre nächste Bestimmung ist die Stadt Krakau, wo sie weitere Marschordre erhalten werden. Nach und nach sollen dann soviel Truppen nachrücken, bis die Zahl von 100,000 Mann erreicht ist, deren Bestimmung nach Galizien, überhaupt nach Oesterreich hin ist. Sobald diese Truppenmacht konzentriert sein wird, erwartet man den Kaiser in deren nächster Nähe.“

* **Braunschweig, 2. Mai.** Die in der Stadt herrschende Gährung hat eine so bedenkliche Höhe erreicht, daß wir in den nächsten Tagen ernststen Ereignissen entgegen sehen müssen. Die Deputirten-Kammer, die politischen Vereine, der Ausschuß der Volkswehr — alle sind in Sitzungen vereinigt. Die permanente Commission des Volksvereins ist fortwährend versammelt und hat so eben eine Proclamation an die Bewohner des Braunschweigischen Landes erlassen, sich um das Banner der deutschen Einheit zu schaaren, für Waffen zu sorgen u. s. w. Heute Vormittag forderte die Deputirtenkammer das Ministerium auf, 1) die gesammte Bevölkerung zu bewaffnen, so weit der Vorrath der Waffen reiche; 2) auch 8 Kanonen der Volkswehr zur Verfügung zu stellen; 3) der Centralreichsgewalt und der Reichsversammlung anzuzeigen, daß die hiesige Regierung in jeder Hinsicht die Reichsverfassung zu schützen bereit sei, und ihnen die gesammte bewaffnete Macht des Herzogthums (Militär und Volkswehr) zur Verfügung stelle. — Auf die Erklärung des Ministeriums, es sei, da der Kriegsminister fehle, im Augenblick außer Stande, die obigen Anträge genügend zu beantworten, wurde demselben bis Nachmittag 4 Uhr eine Frist gestellt, und bis dahin die Deputirtenkammer vertagt. Um 3 Uhr trat der Ausschuß der Volkswehr zusammen, vertagte sich aber wieder bis um 6 Uhr, um die Erklärung des Ministeriums abzuwarten und alsdann die nöthigen Beschlüsse zu fassen. Gegen 4 Uhr strömten Massen von Menschen nach dem landschaftlichen Hause, doch konnte bei Weitem nur die Minderzahl des Gedränges wegen hineingelangen. — Nach einer halben Stunde war Alles abgemacht. Das Ministerium hat sofort alle obigen Anträge bewilligt, und sogar die bisher streng vorenthaltenen Kanonen zur Disposition gestellt. Es hat entschieden erklärt, daß die Regierung fest bei der Anerkennung der Reichsverfassung beharre, und dieselbe mit aller Aufrichtigkeit stützen werde. — Um 6 Uhr versammelt sich abermals der Ausschuß der Bürgerwehr, wird sich aber für jetzt, da die Umstände sich geändert haben, nicht für permanent erklären. Um dieselbe Zeit findet auch wieder eine Generalitzung des Volksvereins-Ausschusses Statt, und heute Abend eine Vereinigung des gesammten Volksvereins, zu welcher allem Anscheine nach Tausende von Menschen strömen werden.

Hannover, 5. Mai. Gestern Abend haben die Bevollmächtigten der Vereine der Hauptstadt wieder Sitzung gehalten, um die Schritte zu berathen, die zur endlichen Anerkennung der Reichsverfassung von Seiten der hannoverschen Regierung führen können. Eine Deputation der Vereine wird heute zu den, in öffentlicher Sitzung versammelten, Corporationen des Magistrats und der Bürgervorsteher gehen, um sie zu ersuchen, die Forderungen des Volkes bei der Krone zu befürworten. Es wurde dann die Drohung der Behörden, Waffengewalt gegen die Züge Montag anzuwenden, Gegenstand ausführlicher Berathungen und beschlossen: die Bevollmächtigten der Vereine fühlten sich drohender und überlegener Waffengewalt gegenüber in ihrem Gewissen verbunden, Alles aufzubieten, nutzloses Blutvergießen zu ver-